



WERRE BOTE



Straßen-
schäden



*„Professionelles und
bürgerfreundliches Vorgehen bei
der Straßensanierung“ und
„so viele Sanierungen der Straßendecken
wie noch nie“.*

(Darüber freut sich SPD-Bürgermeister Poggemöller
in seinem Wahlkampf-Flyer)

Hier die REALITÄT!

**Grüne Doppelmoral:
Tabula-Rasa-Affäre**



**Endlich Nägel mit Köppen:
„Macht Gohfeld leiser!“**



**Pfusch im/am Rathaus:
1,6 Millionen versenkt**



Große Herausforderungen in der Stadt Löhne: Schulden + Kriminalität

„Die Löhner-Bürger-Allianz blickt auf eine langanhaltende erfolgreiche Tätigkeit zurück; eine Zeit, in der wir als wirkungsvoller Anwalt der Löhner Bürger kommunalpolitisch gearbeitet haben. Schon im nächsten Jahr wird die LBA ihr 20jähriges Jubiläum feiern. Zahlreiche Projekte haben in der Vergangenheit unter Beweis gestellt, wie groß die Notwendigkeit einer unabhängigen, kritischen, und basisdemokratischen Kraft in Löhne ist.“ so der wiedergewählte LBA-Vorsitzende Dr. Hermann Ottensmeier bei der Mitgliederversammlung der Bürger-Allianz.

Die große Zufriedenheit der LBA-Mitglieder mit der Arbeit der Wählergemeinschaft und ihrer Stadtratsfraktion brachten die Vorstandswahlen zum Ausdruck, die ohne Gegenvoten blieben. Hermann Ottensmeier bedankte sich im Namen der Mitglieder herzlich bei Georg Held und Eberhard Vierung, die auf eigenen Wunsch aus der aktiven Vorstandstätigkeit ausscheiden. Beide hätten sich über lange Jahre höchst engagiert und aufopferungsvoll für die Belange der Löhner Bevölkerung eingesetzt und zudem in der LBA-Ratsfraktion sachkundig und voller Tatendrang mitgearbeitet.

Zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden wählten die Mitglieder das *Ratsmitglied Günter Schlüter*, während *Liz Barnacott* in der Funktion der Schriftführerin den geschäftsführenden Vorstand komplettiert.



Der alte und neue Vorsitzende der Wählergemeinschaft, Dr. Hermann Ottensmeier, zog bei seinem Tätigkeitsbericht eine positive Bilanz der vergangenen Arbeitsperiode. Es habe sich bei der Tätigkeit im Stadtrat sehr bewährt, keine feste Koalition mit einer anderen Fraktion einzugehen, sondern sich als unabhängige Kraft ausschließlich am Wohl der Löhner Bürger zu orientieren.



Dr. Ottensmeier: „Die Löhner-Bürger-Allianz hat seit ihrer Gründung intensiv daran gearbeitet, mehr lokalpolitische Transparenz und auch ein größeres Maß an Bürgernähe zu erzielen; deshalb auch unser Vorstoß, die Ratssitzungen zukünftig als Livestream zu übertragen.“

Zurzeit stünden einige Herausforderungen im Fokus der LBA-Ratsarbeit, so Dr. Ottensmeier:

- Die **Stadt ist völlig überschuldet**, und kaum mehr in der Lage, notwendige Sanierung beispielsweise beim städtischen Straßennetz zu vollziehen. Der Straßenverfall geht kaum gebremst weiter, stattdessen komme noch eine neue, überflüssige Brücke über die Werre und eine Aussichtsplattform. – **Rot-Grün hat es seit Jahren nicht geschafft, Haushaltsplanungen hinzukriegen, die unter Verzicht auf kostspielige „Leuchtturmprojekte“ die hohe Verschuldung abbauen oder auch nur die städtischen Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen.** Dieses Versäumnis falle der Stadt mit der Verschärfung durch die coronabedingten Steuereinbrüche heftig auf die Füße.

- Nach der Wahl sei mit weiteren Umdrehungen an der Steuerschraube zu rechnen.** Wolle man dies nicht, dann sei der von der LBA verfochtene Kurs der hartnäckigen Sparsamkeit ohne ernstliche Alternative.
- Immer noch ist **ungeklärt, wie hoch die Gesamtkosten der fehlerhaft reparierten Rathausfassade** sind und wer in der Verwaltung die Verantwortung für die mangelhafte Bauaufsicht trug. **Bürgermeister Poggemöller will die diesbezüglichen Informationen nicht rausrücken.**
- Die im Gefolge der Hermes-Ansiedlung **angeschwollene Belastung durch den LKW-Verkehr sei ein weiteres Ärgernis.** Insbesondere der Ortsteil Gohfeld werde über das erträgliche Maß hinaus belastet.
- Die Löhner Bürger haben **nicht immer den Eindruck, dass die Ordnungskräfte konsequent und wirkungsvoll** auf die Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit reagieren. Bei den **aktuellen Friedhofs-Brandanschlägen** konnten die Täter bisher nicht gefasst werden. – Der LBA ist es seit Jahren ein wesentliches Anliegen, die Sicherheitslage in Löhne zu verbessern und die Polizei in die Innenstadt zu holen.



Große Freude bei den Grünen:

„Schön, dass Hermes jetzt seinen Betrieb aufgenommen hat!“

So freute sich das grüne Ratsmitglied Dieter Glander, Ex-Eheherr der grünen Fraktionsvorsitzenden Silke Glander-Wehmeier, im Planungsausschuss.

Noch bis zum letzten Tag vor der letzten Kommunalwahl 2014 hatten die Löhner Grünen aufwendig versucht, als vorgebliche Gegner des Hermes-Logistikzentrums beim Wähler zu punkten. -

Doch - Kniefall und Kurswechsel folgten schon nach sechs Monaten.

D.h. ein halbes Jahr nach der Wahl, anlässlich der Haushaltsberatungen, konnte man deutlich erkennen, wie es um die grüne

Ehrlichkeit und Prinzipientreue tatsächlich bestellt ist:

Purzelbaum in Sachen „Hermes“: Grüne Begeisterung für Logistikzentrum:

Als „Morgengabe“ für das neue rot-grüne Rathausbündnis stellte die grüne Ratsfraktion in der Ratssitzung [17.12.'14] jede Kritik am Hermes-Logistik-Zentrum komplett ein und stimmt stattdessen FÜR alle umfangreichen Hermes-Ansiedlungsmaßnahmen. -

Im Rahmen der grünen 180-Grad-Kehrtwende waren die Grünen auch ohne jegliche Einschränkung FÜR sämtliche Inf-

rastrukturmaßnahmen, die den Bau des Hermes-Logistik-Ungetüm im Mahner Feld überhaupt erst möglich machten.

Selbst die immer weiter ansteigenden Kosten für die diesbezüglichen Zuwegungen (noch kurz vor der Kommunalwahl von den Grünen heftig kritisiert) wurden jetzt von den Grünen tapfer mitgetragen. -

Glanders Lösungsvorschlag für die Verkehrsproblematik: („Hermes soll einen „Arbeiter-Bus-Verkehr“ einrichten!“) - wurde nur mild belächelt und von keiner Ratsfraktion ernst genommen: Er fiel durch. [PlanA 22.9.2016]



„Eigenwerbung mit fremden Federn ...“

Poggemöller und die Arminia-Partnerschaft: Erst ganz doll dagegen – dann ganz doll dafür!

„Mit guter Bilanz in Richtung Zukunft“ ordnet SPD-Bürgermeister Poggemöller die >Partnerschaft mit Arminia Bielefeld< auf seinem Wahlflyer zu seinen eigenen politischen Erfolgen. - Doch das ist nur ein kleiner Teil der Wahrheit!



Tatsächlich forderte und beantragte die Löhner-Bürger-Allianz bereits 2012 die sofortige Aufnahme der Partnerschaft zwischen der Stadt Löhne und Arminia.

Doch Bürgermeister Poggemöller und die ihn tragenden Parteien lehnten dies seinerzeit als unakzeptabel strikt ab.

Erst lange Monate später kam dann die Kehrtwendung um 180 Grad: Jetzt wurde die Ablehnung in eine Zustimmung umgebogen und die Partnerschaft zusammen mit der LBA beschlossen.



SPD entscheidet, was „Das Beste für Löhne“ ist = Straßenschließung

Die älteste Straße wurde dicht gemacht.

Die Straße „Am Hillpark“, vormalis „Am Truppenübungsplatz“ und davor „Unterer Postweg“ geheißen, ist nach Meinung der aktuellen Ratsmehrheit (unter den Zügeln der SPD) überflüssig, eine Sanierung der Schlaglöcher angeblich zu teuer.

Wohl ist Geld da für die überseeischen Projekte in Nicaragua (wo gerade die sandinistische Diktatur nach dem Muster des sozialistischen Nordkoreas ausgebaut wird, NW 6.7.2018). Für den millionenschweren Straßenausbau des Gewerbesteuer-Knauerers Hermes, nagelneue Asylantenheime und selbstverständlich auch für das rot-grüne Lieblingsprojekt „Arbeit & Leben“, das vor wenigen Monaten wieder an das Füllhorn städtischer Dauersubventionierung angeschlossen wurde.

Die Straße, die abzweigend von der Schweichelner Straße den Süden der Stadt (mit den Ortsteilen Bischofshagen, Löhne-Bhf. und Gohfeld) auf kürzestem Wege mit der Kreisstadt Herford verbindet, ist Teil des (vor)geschichtlichen überregionalen „Hellweges“, der später in der Postkutschenzeit zum „Postweg“ ausgebaut wurde.

Doch die Straße (bzw. das südliche Teilstück) ist überflüssig, so befand die Löhne dominierende SPD. – Eine SPD, die ihr Selbstverständnis nach den vorletzten Kommunalwahlen in den stolzen Satz goss:

„WIR HABEN UNSER HAUS ZURÜCK“

so die Titelzeile in der NW [31.8.'09] nach einem triumphierenden Genossenzitat am Tag der Kommunalwahl. –

Dabei sah es ursprünglich für die Ausbesserung der Straße durchaus positiv aus: Die zuständigen Mitarbeiter der Löhner Wirtschaftsbetriebe (WBL), Eberhard Lindemann und Udo Vogelsang hatten – wie auch bei anderen städtischen Straßen – einen Sanierungsbedarf festgestellt und

wollten, dass die Ausbesserungsmaßnahmen in Angriff genommen werden [BauA 21.2.'18]. Es wurde im Fachausschuss angeführt, dass der schlechte Straßenzustand gravierend sei, zumal rund 480 PKW, 14 LKW sowie zahlreiche Radfahrer täglich die Straße nutzten.

Störfeuer von der SPD: Heinz Dahlmeier (SPD Löhne-Ort) äußerte sich kryptisch: „Die Straße Am Hillpark ist von der Nutzung visuell {sic!} eher untergeordnet, aber hoch frequentiert.“ Marion Schröder (Ostscheid) – aktuell in der SPD – vormalis bei den Grünen – wusste, dass die Straße „als Schleichweg nach Herford genutzt“ wird, und meinte:

„Darauf können wir verzichten.“ [LZ 23.2.'18] Augenscheinlich meinte sie mit „WIR“ ihre Genossen, von denen kein Maßgeblicher in der Nähe wohnt.

Auch Günter Willig (SPD-Obernbeck) war dagegen und erinnerte mit sorgenzerfurchter Stirne an die böse „Haushaltssituation“.

Der gleiche Willig, der seine Hand für die Pleite-Gartenschau hob, die im Löhner Haushalt ein Schuldenloch von bisher rd. 20 Millionen Euro riss.

Der gleiche Willig, der zurzeit mächtig dafür kämpft, dass der Steuerzahler neue Unsummen im Löhner Bahnhofsgebäudekomplex versenken soll, ein Gebäude von dem Ex-Bürgermeister Hamel sagte, da darf „KEIN EINZIGER EURO“ rein. –

Mittlerweile gebe es Beschwerden der Anwohner der Straße „Im grünen Lande“, die schon jetzt wegen des schlechten Straßenzustandes „Am Hillpark“ einen erheblichen Ausweichverkehr über sich ergehen lassen müssen. Ohne eine Sanierung würde die Gefahr für Leib und Leben erheblich zunehmen. –

Das überzeugte die Mehrheit des Bauausschusses, bestehend aus LBA, CDU, Grünen dann auch: Die Reparatur der Straße „Am Hillpark“ wurde am 14.6.'18 im Bauausschuss beschlossen.

Beschlossen – und jetzt kommt der Haken – beschlossen OHNE das Wohlwollen der SPD, was auch die NW zu der erschrockenen Titelzeile veranlasste: „Die SPD kann sich mit ihrer Ablehnung nicht durchsetzen.“ [NW 20.6.'18]

Nun darf in Löhne bekanntermaßen nichts geschehen, was die Genossen nicht wollen! Die SPD hat zu bestimmen, was in „UNSEREM HAUS“ geschieht, so das dargestellte Selbstverständnis der Genossen. –

Also musste diese Scharte ausgewetzt werden. Und wie zu erwarten kommt der „Meinungswechsel der Unbotmäßigen“ in der nachfolgenden Sitzung des Stadtrates 4. Juli 2018:

Die CDU, die im Bauausschuss sinnvollerweise für die Straßeninstandsetzung votiert hatte, kippte zuerst um.

Hintergrund: Seit den letzten Haushaltsberatungen des Jahres 2017/18 sucht die Union die „besondere Nähe“ zu den „Fleischtöpfen der Macht“, resp. zum SPD-Bürgermeister, und hat diese augenscheinlich auch gefunden.

Ergebnis: Nach jahrelangen Ablehnungen des städtischen Haushaltes hat die CDU ihrer Oppositionsrolle nun „Lebe-Wohl“ gesagt, kuschelte sich an die Seite von Rot/Grün und mutierte zur Stütze der sozialdemokratischen (Finanz-)Politik.

In Sachen „Am Hillpark“ setzten die Sozis nun weiter die Daumenschrauben an, und die Grünen [die bekanntlich auf Druck der SPD sogar ihren Frieden mit dem ursprünglich bekämpften „Hermes-Projekt“ machten] und die CDU, die das neugewonnene Wohlwollen der SPD nicht wieder aufs Spiel setzen wollte, kippten um, machten eine 180-Grad-Wende und unterwerfen sich der SPD-Forderung.

Selbst Bürgermeister Bernd Poggemöller ließ seine eigenen WBL-Verwaltungsmitarbeiter „im Regen stehen“, betrachtete nun den Sanierungsvorschlag seiner Leute als dummes Zeug und unterwarf sich artig der SPD-Parteidisziplin.

Ergebnis: Es gibt kein Geld für die Schlaglöcher der Straße „Am Hillpark“. Stattdessen soll ein Durchfahrtsverbot, eine Komplettsperre für alle Fahrzeuge kommen.

Was selbstverständlich alsbald zur Folge haben wird, dass uneinsichtige Nutzer der Verbindung nach Herford – die nicht gerne ihre Fahrstrecke verdreifachen wollen – demnächst von argusäugigen Ordnungskräften mit schnell gezücktem Knöllchen-Block zur Kasse gebeten werden – denn das ist in Löhne das oberste Gebot: Der Wille der SPD geschehe!



Gohfelder „immer ein bisschen träge!“

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ so will es unser Grundgesetz in Artikel 3

Also ist es durchaus löblich, wenn die grüne Bürgermeister-Kandidatin Frau Glander-Wehmeier sich mächtig gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern in der fernen Partnerstadt Mielec ins Zeug legt. - Völlig richtig, Diskriminierung geht gar nicht.

Aber wenn Frau Glander-Wehmeier dies wirklich so meint, dann ist gar nicht zu verstehen, wie sie höchst selbst wiederum andere Menschen, die eigenen Landsleute, aufgrund ihrer „Heimat und Herkunft“ (Art. 3) abwerten und in Misskredit bringen will. -

„Gohfelder am Verkehrschaos mitschuldig“

Wie anders kann man es verstehen, wenn die Dame mit Blick auf die von der Ratsmehrheit beschlossene Ansiedlung des Hermes-Logistik-Zentrums im Leinkamp und dem daraus resultierenden heftigen LKW-Verkehr, der nun durch Gohfeld flutet, den Gohfelder Bürgern selbst eine Mitschuld daran zuschiebt, indem sie ganz platt pauschalisiert:

„Die Gohfelder waren da nur immer ein bisschen träge.“ [NW 29.6.2020]

So unverschämt es ist, die Menschen eines ganzen Stadtteils über einen Kamm zu scheren und sie in Bausch und Bogen als „immer ein bisschen träge“ zu beschimpfen, so unrichtig ist es zudem noch in der konkreten Sache. -

Frau Glander-Wehmeier sollte sich gefälligst daran erinnern:

Die Gohfelder Bürger sind mehrfach in der Hermes-Sache auf die Straße gegangen und haben sich in bester demokratischer Manier aktiv am Widerstand gegen das Hermes-Logistik-Ungetüm beteiligt - rege und mutig und keineswegs „ein bisschen träge“.



Finden Sie den Fehler ...

LKW-Flut in Gohfeld - Friedel Böhse (SPD) kann es nicht verstehen!

Seit 2013 hat die Löhner SPD jahrelang – durchgängig flankiert von der CDU – „mit Haken, Tricks und Ösen“ dafür gekämpft, im Gewerbegebiet Leinkamp / Unterer Hellweg ein riesiges Logistikzentrum der Firma Hermes anzusiedeln, das größte Gebäude in Ostwestfalen.

Da wurde mit Gutachten und Gegengutachten jongliert, die – obgleich sie von der gleichen Firma (SpaCetec GmbH, Freiburg) kamen – mal dagegen und mal für den halbkilometer-langen Hermes-Komplex waren, je nachdem, wie es den Genossen gerade in den Kram passte.

Trotzdem stießen die Ansiedlungspläne der SPD auf den massiven Widerstand in weiten Teilen der Bevölkerung. Es kam sogar zur Gründung einer Bürgerinitiative (LöBaGo), die den Bau des „Hermes-Monsters“ verhindert wollte.

Als wesentliche Ablehnungsgründe wurden benannt:

- die negativen Auswirkungen auf das Klima in Löhne (fehlende Belüftung in Bebauungsgebieten / „Wärme-Insel-Effekte“)
- Straßenkosten

- minimale Gewerbesteuer-Einkünfte durch Hermes
- und vor allem gravierende Lärm- und Abgasbelastungen sowie Gebäudeerschütterungen durch den anschwellenden LKW-Verkehr in einigen Teilen der Stadt – aber insbesondere in Gohfeld, auch deshalb, weil Hermes von vornherein einen Bahnanschluss kategorisch ausschloss, sondern komplett „auf die Straße setzte“.

Nachdem die SPD den massiven Betonbau im Leinkamp schließlich durchboxte, wurden die heftig gebeutelten Gohfelder Bürger regelmäßig auf bessere Zeiten vertröstet,

- Bald ist alles besser, wenn erst mal die Nordumgehung fertig gestellt wäre;
- alsdann, wenn die Knickstraße ausgebaut wäre
- und schließlich, wenn die Sudbach-Brücke wieder befahrbar wäre. -

Und nun ist die Nordumgehung fertig, die Knickstraße ausgebaut und auch die Sudbachbrücke freigegeben:

Doch der LKW-Verkehr in Gohfeld bleibt, hat sich ganz und gar nicht vermindert,

sondern ist noch weiter angewachsen. -

Und da stellt sich allen Ernstes der gleiche Friedel Böhse, der als langjähriger SPD-Genosse, SPD-Funktionär und SPD-Mandatsträger für seine Partei in einen Wahlkampf nach dem anderen zog, um den (Gohfelder)Bürgern die segensreiche Bedeutung der SPD-Politik - einschließlich Hermes-Ansiedlung - nahezubringen, der stellt sich nun mit bitterernsten Gesicht an die belebte Weihestraße – flankiert von einem dahin rauschenden Hermes -Lastzug und beklagt die große Zunahme des Hermes-Schwerlastverkehrs in Gohfeld und die schlimmen Folgen für die Anwohner von Weihestraße und Koblenzer Straße. [NW 28.5.'20] -

Dem erstaunten Betrachter bleibt die Spucke weg und er fragt sich:

Ist Böhses Befremdung angesichts der Hermes-LKW-Flut nur vorgespielt oder tatsächlich ernst gemeint? -

Gibt es niemanden, der in der Lage wäre, Herrn Böhse in aller Ruhe das Prinzip von Ursache und Wirkung – hier am Exempel der Hermes-Ansiedlung – einsichtig und nachhaltig zu erklären?

Freie Wähler: „Straßenausbau-Beiträge endgültig abschaffen!“

„Regelmäßig fünfstellige Anliegerkosten sind nicht zumutbar.“

Die hohen Straßenausbau-Beiträge sind für die Betroffenen Grundstücksbesitzer – und dann auch für deren Mieter – üblicherweise „ein heftiger Schlag ins Kontor“. Denn Städte und Gemeinden können sie an den Kosten für Straßen beteiligen.

Die Freien Wähler, denen auch die Löhner-Bürger-Allianz (LBA) zugehörig ist, starten dagegen ein Volksbegehren.

Für Hubert Aiwanger von den Freien Wählern ist es höchste Zeit, dass die bisherige Regelung zu den Straßenausbau-Beiträgen verschwinden muss: Straßen seien Allgemeinbesitz und nicht Privatbesitz, so Aiwanger, darum müsse auch die Allgemeinheit aus allgemeinem Steueraufkommen die Straßen sanieren. In den letzten Jahren mussten Eigenheimbesitzer allein in Bayern zusammen um die 60 Mio. Euro an Straßenbaubeiträgen zahlen.

Unter anderem soll demächst die Gohfelder Straße „Tichelbrink“ ausgebaut werden. Dies bedeutet zwar für die Straßennutzer eine deutliche Verbesserung. Andererseits kommen auf die Anlieger der Ausbau-Straße erhebliche Kostenbelastungen zu.

Je nach Größe des Grundstückes und der Gesamthöhe der Ausbauskosten ist mit Anliegerbeiträgen in fünfstelliger Höhe zu rechnen.

Hintergrund: SPD + CDU hatten vor einigen Jahren im Löhner Stadtrat beschlossen (zu Zeiten von Bürgermeister Kurt Quernheim), die **Straßenausbaukosten auf die Anlieger maximal abzuwälzen**.

D.h., nach der Regelung für das Land NRW ist dies mit höchstens **90 % der anfallenden Kosten** möglich; die Stadt Löhne muss nach diesem Beschluss **lediglich 10 %** der gesamten Ausbauskosten tragen.



Aufforstungsinitiative der LBA erfolgreich:

Bürger-Allianz setzt jetzt konkreten Klimaschutz durch

Die Löhner-Bürger-Allianz will sich nicht dauerhaft mit dem Walddefizit in der Stadt Löhne abfinden. Vor dem Hintergrund aktueller ökologischer Herausforderungen stand im Mittelpunkt der jüngsten LBA-Fraktionssitzung eine konkrete ökologische Initiative. -

Als Ergebnis der Beratungen soll nach dem Wunsch der Bürger-Allianz in der nächsten Ratssitzung ein konkreter Aktionsplan für die Stadt Löhne beschlossen werden.

LBA-Ratsmitglied Günter Schlüter: „Wir wollen diese Problematik nicht länger zufälligen Entwicklungen überlassen und beantragen deshalb einen Plan für die Stadt, der eine zunehmende und systematische Aufforstung sicherstellt. Auch andere Kommunen im Land haben das Problem auf diese Weise in den Griff bekommen. Selbstverständlich soll bei konkreten Umsetzung besonders auf die Klimaresistenz der Baumarten geachtet werden.“

So hätten z.B. im Erftkreis alle Städte und Gemeinden und auch der Erft-Kreis selbst jedes Jahr feste Beträge zum Ankauf bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen zur Aufforstung in ihre Haushalte eingestellt. Durch diese Selbstverpflichtung aller Kommunen gelinge im Erftkreis seit Jahren eine allmähliche, kontinuierliche Erhöhung des Waldbestandes.

Günter Schlüter: „Der Kreis Herford hat einen Waldanteil von rund 8,2 % und ist damit einer der waldärmsten Kreise in ganz NRW. Der durchschnittliche Waldanteil des Bundes liegt – zum Vergleich – bei rd. 35 % und der unseres Bundesland NRW immerhin noch bei rund 25 %.“

Schlusslicht innerhalb des Kreises sei die Stadt Löhne, die nicht einmal einen Waldanteil von 4,9 % aufweise. Dazu komme, dass ein Großteil dieses minimalen Waldbestandes auch noch geschädigt sei. Das bedeute, die Löhner Waldflächen

würden ohne konkrete Maßnahmen weiter schrumpfen. Ein analoger Beschluss des Stadtrates wurde auf Initiative der LBA bereits 2007 gefasst, doch wurde er bedauerlicherweise nach drei Jahren wieder aufgehoben. -

Nach Erkenntnissen der LBA ist erkennbar: „Auch die bereits bei Bebauungsplänen festgelegten ökologischen Ausgleichsmaßnahmen wurden bisher nur zum Teil verwirklicht.“

Die durch die Klimaveränderung gekennzeichnete Situation – mit größeren Hitzeperioden und stärkeren Niederschlägen – würde die Lage weiter verschärfen. Es sei also dringend geboten, mit Bewaldungsmaßnahmen den klimatischen Herausforderungen Rechnung zu tragen, der Bodenerosion entgegenzuwirken sowie den Erholungswert der Stadt Löhne zu verbessern.

Erste Teile dieser LBA-Initiative wurden vom Stadtrat im Sommer 2020 beschlossen.

Gohfelder reiben sich die Augen:

„Keine Verbesserung der Gohfelder Verkehrslage nötig!“ – „Sehr gute Verkehrsmesswerte in Gohfeld!“ ... meinen SPD/CDU/Grüne

Angesicht der zunehmenden Belastungen für die Gohfelder Bürger hatte die Bürger-Allianz (LBA) beantragt, die Situation durch den Bau eines Kreisels an der Kreuzung Weihestraße / Alter Postweg / Liegnitzer Straße zu entlasten.

Doch die gleiche Verwaltung unter Federführung von *Baudezernent Wolfgang Helten*,

- die schon das Hermes-Logistik-Zentrum durchboxte
- und deshalb den Bürgern weismachte, es werde dann in Gohfeld keine gravierende Verkehrs- und Umweltbelastungen geben,
- die mit völlig widersprüchlichen (Gefälligkeits) Gutachten Umweltbedenken wegwischte und so den Weg für

die Hermes-Ansiedlung im Leinkamp freischaufelte,

- stellte bei einer von ihr in Auftrag gegebenen Verkehrsmessung angeblich „sehr gute“ bis „befriedigende“ Verkehrsmesswerte in Gohfeld fest.

„Trickreicherweise“ machte das beauftragte „Planungsbüro Harm“ seine Untersuchungen ausgerechnet im Juli 2017 – während bzw. im Vorfeld der Sommerferien – und – natürlich vor der durch den Abriss der Sudbachbrücke bedingten Autobahnsperrung.

Das leicht vorhersehbare und augenscheinlich von der roten Verwaltung gewünschte Ergebnis:

Es gibt keine Notwendigkeit, die Gohfelder Bürger und die dortige Verkehrssituation

durch einen Kreisels zu entlasten.

Dieser Einschätzung schlossen sich unisono SPD/CDU und auch die ehemaligen – nach der Kommunalwahl umgefallenen – „Grünen“ Hermes-Kritiker an. [Planungsausschuss 3.5.2018]

Unberücksichtigt blieben ebenfalls die zusätzlichen Verkehre,

- die demnächst durch das neue >Wohngebiet Rüscherstraße, Alter Kirchweg, Hochstraße, Allensteiner Straße<
- und außerdem noch durch die geplanten Ansiedlungen von weiteren Industrieanlagen im Gewerbegebiet am Großen Kamp ausgelöst werden.



IMPRESSUM:

v.i.S.d.P.: Dr. phil. Hermann Ottensmeier, Vorsitzender der LBA-Ratsfraktion, Schierholzstraße 149, 32584 Löhne, LBA-Geschäftsstelle: 05732 / 2771
Die LBA-Zeitung „Werrebote“ erscheint periodisch als kostenlose Verteilzeitung für alle Löhner Haushalte in einer Auflage von über 18.000 Stück.
Sämtliche Ausgaben lassen sich auf der Startseite des Internet-Auftrittes „buerger-allianz.de“ nachlesen und herunterladen. Auf Wunsch veröffentlichen wir auch Anzeigen.
Ansprechpartner für Anzeigen ist die LBA-Geschäftsstelle, Ruf: 2771



Löhne auf dem Weg zum „Werre-Venedig“ – „Noch ´ne Brücke“

Verrohrung der Werre geht weiter

Während Peter Maffay bzw. Karat – noch ganz bescheiden waren, als sie forderten „Über sieben Brücken musst du gehen!“, ist die Stadt Löhne schon deutlich weiter.

Nach Erhebung der Neuen Westfälischen vom 26.5.'16 gibt es in der Stadt bereits 65 Brücken. Damit sei, so die NW, die Löhner Brückendichte proportional zur Einwohnerzahl höher als in Venedig.

„Die Werre soll jetzt die Brücke „Nummero Dreizehn“ erhalten.“

... „also lautet der Beschluss“ ... den der Stadtrat (SPD+CDU+Grüne+Linke/ExSED) in seiner unendlichen Weisheit am 20. März '19 [PlanA 21.2.'19, Rat 27.2.'19] gegen das Votum der Löhner-Bürger-Allianz (LBA) fasste.

könnten.

Wohl aber sind innerhalb der Strecke von rund 400 Metern seit langen Jahren zwei stabile Brückenbauwerke (Schützen- und Kronprinzenbrücke) vorhanden, die bisher ohne Probleme in der Lage waren, Fahrzeuge aller Art und Fußgänger sämtlicher Geschlechtszugehörigkeiten sicher und zuverlässig über das Gewässer zu bugsieren.

Das ausschlaggebende Motiv war von ganz anderer Art, denn ...

„Wir können wieder an Landesgelder kommen???“

... so hallte es kürzlich durch die Hallen, Flure und Schlafstuben des Löhner Rathauses.

Kaum ein anderer Satz elektrisiert lokale Bürokraten und örtliche Kommunalpolitiker so potentief, wie dieser kurze Satz! –

Nichts Ähnliches reißt den Adrenalin-Spie-



Doch weder die Stadtväter der Lagunenstadt noch die Stadtmütter von „Schilda“, sondern die Ratspolitiker(und Innen) der Nachbarstadt Bünde machten es der örtlichen Politik vor, dass man durchaus auch Brücken bauen kann, die keinem fehlen, wo weder irgendeine Notwendigkeit oder gar zu verbindende Wege wären.

Eben eine Soda-Brücke, die einfach nur „so da“ in der Landschaft steht.

[<https://www.zdf.de/politik/laenderspiegel/videos/50-jahre-laenderspiegel-erster-hammer-eine-soda-bruecke-100.html>]

Nun fließt durch Löhne nicht die liebeliche Else sondern die krumme Werre, und da gibt es ganz besondere Ansprüche. Wohl queren innerhalb der Stadt bereits 12 Brückenbauwerke den Fluss (= 8 lokale Brücken sowie 4 Autobahnbrücken), aber das reicht der Ratsmehrheit bei weitem noch nicht.



Der besondere Geniestreich dabei: **Weder auf der einen noch auf der anderen Seite der Werre befinden sich Straßen oder Trampelpfade, welche von der Brücke sinnvollerweise zusammengeführt werden**

gel des biedereren Lokalpolitikers in gleicher Weise in die Höhe. –

Nichts anderes treibt ein so beglücktes Strahlen in sein Auge. –

(In seiner Reiz-Reaktions-Wirkung nur mit dem Ausruf der Kindergarten-Tante in der Adventszeit zu vergleichen, wenn sie ihren lieben Zwergen zuruft: „Gleich kommt der Nikolaus mit seinem prallgefüllten Rumpelsack!“)



Aussicht auf Landeszuschüsse vernebelt Politikerhirne

Geldregen mit Pferdefuß

Doch im Unterschied zum (vor)weihnachtlichen Gabenbringer fallen die Geschenke der Landespolitik zwar deutlich üppiger aus, andererseits haben sie aber regelmäßig auch einen finanziellen Pferdefuß:

Denn hier reicht es nicht aus, dass der Geschenk-Heischende sein Liedlein singt oder ein frommes Gedicht zum Besten gibt. Nein, regelmäßig muss der Geschenkeempfänger zusätzlich tief ins eigene Säckel packen, um die erwünschte Landes-Beschertung, soll heißen: Zuschüsse, auszulösen.

Böse Zungen könnten nun behaupten,

- angesichts der **rd. 100 Millionen hohen städtischen Schuldenlast**,



- angesichts der Beschlüsse – wegen fehlenden Geldes die Vielzahl der **kaputten städtischen Straßen weiter verfallen zu lassen oder sogar zu schließen** (siehe Leinkamp, Am Hillpark)
- angesichts **fehlender Kita-Plätze**
- angesichts **unzureichender Kriminalitätsbekämpfung** (Gymnasiumseinbrüche, Masseneinbrüche in Löhne-Ort, Jugendkriminalität (z.B. Wehmeier-Zwillinge)
- hätte die Stadt wichtigeres zu tun, als die **Verrohrung der Werre mit der „Brücke Numero Dreizehn“** weiter voranzutreiben, mit einer Brücke, die bisher keinem Löhner Bürger gefehlt hat.

Wir erinnern uns an die Bedenken der SPD-Finanz-Spezialisten, die angesichts der Debatte um die Ausbesserung der Straße „Am Hillpark“ [BauA 14.6.18 bzw. Rat 4.7.18] mit sorgenvollem Blick konstatierten:

„40.000 € sind zu viel, das kann unser Haushalt nicht leisten!“ so Heinz Dahlmeier, Marion Schröder, Günter Willig.

Das apokryphe Strukturkonzept, das hinter dem Löhner Brückenbauwahn steht ist das „Reißverschlussprinzip“:

Im Westen ist der Auftakt mit der Straßenbrücke „Bünder Straße“, dann eine Fußgängerbrücke „Karl-Kröger“ nun wieder die Straßenbrücke „Schützenstraße“.

Nach der System-Logik **müsste nun wieder eine Fußgängerbrücke folgen; Und genau diese fehlt: Das ist die jetzt beschlossen „Brücke Numero Dreizehn“.**

Weiter geht es dann mit „Kronprinzenbücke“-Straßenbrücke, gefolgt von einer Fußgängerbrücke „Adolf-Blomeyer-Brücke“, anschließend die Straßenbrücke „Heinrich-Kröger“ auf die nun wieder eine Fußgängerbrücke „Heinrich-Schneider“ und last not least – im Osten der Stadt als Finale die Straßenbrücke für die „Brückenstraße“.

Dabei hatten die „Stadtväter“ und „-mütter“ in den letzten Jahren eigentlich schon mehrfach unter Beweis gestellt, dass sie über eine besonders eindrucksvolle Kompetenz „in Sachen Geldverschwendung“ verfügen.

Löhnes besondere Kompetenz in Sachen millionenschwerer Geldverbrennung

Drei der bekanntesten Fälle:

Ungenutzte Tenniswiese

Fall 1) Die ungenutzte Tenniswiese hinterm Rathaus kostet den Steuerzahler eine halbe Million Euro:



Seit 1989 zahlt die Stadt Jahr für Jahr regelmäßig rund 16.000 für eine Wiese, die überhaupt nicht genutzt wird. Ursprünglich war geplant, auf dieser Wiese einen weiteren Tennisplatz einzurichten. Auch das ZDF fand diese Form des Umgangs mit den Löhner Steuergeldern erstaunlich, besuchte im April 2009 Löhne und recherchierte vor Ort.

Deutlich wurde: Noch zu Zeiten der absoluten SPD-Ratsmehrheit, aber auch mit Unterstützung der CDU wurde ein Vertrag abgeschlossen, der im Zusammenhang mit der Anpachtung eines Tennisplatzgeländes im Dall, dem verpachtenden Landwirt für diese Wiese zusätzlich **30 Jahre lang Einkünfte von rund 480.000 € sichert.**

Es kann allerdings auch noch weitaus teurer werden, denn es wurde eine Wertsicherungsklausel vereinbart, die die Pacht an die steigenden Lebenshaltungskosten anpassen soll.

288.068,60 Euro hat die ungenutzte Wiese die Löhner allein von 1989 bis 2009 gekostet, und 122.968,32 Euro kommen für die Jahre 2010 bis 2017 noch hinzu. Auch der Bund der Steuerzahler Deutschland (BdSt) nahm den Fall ins Schwarzbuch zur Verschwendung öffentlicher Gelder auf.

Ausführlich im Spiegel: Löhner Provinzposse: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/provinzposse-400-000-euro-fuer-eine-wiese-a-662931.html>

Stinkepark am Klärwerk

Fall 2) Hunderttausende versickerten im Stinke-Stadt-Park am Klärwerk Erholung und Frischluft im Schatten der Faultürme

Vor langen Jahren wurde den Löhner Stadtmüttern und -vätern in Aussicht gestellt, dass auf sie ein mächtig warmer Geldregen herab fallen würde, wenn ein Naherholungspark eingerichtet würde. Die treffliche Wahl der SPD fiel auf ein Grundstück hinter dem städtischen Klärwerk.

Später war nicht mehr genau zu ermitteln, was bei der damals noch mit absoluter Mehrheit regierenden SPD den Ausschlag für diese treffliche Ortswahl gab:

War es der Umstand, dass die wackeren Männer des Klärwerkes in ihrer wohlverdienten Mittagspause den mitgebrachten, in siedendem Wasser gewärmten Henkelmann nur auf einer schlichten Bank im Schatten der Faultürme auslöffeln konnten, ohne sich gleichzeitig am frischen Grün einer Fichtenschonung erfreuen zu können?

Oder lag 's einfach am schlichten Tatbestand, dass hier niemand wohnen oder bauen wollte und ein Bäuerlein froh war, der Kommune seinen wenig ergiebigen Acker für gute Deutsch-Mark abzutreten?



Wie auch immer: Fraglos war es beim Entscheidungsprozess nicht bedeutungslos, dass der maßgebende SPD-Genosse, der spätere Löhner Bürgermeister Werner Hamel, seinem Broterwerb als Werkträger bei der städtischen Abwasseranlage nachging.

Der im Volksmund „liebevoll“ genannte „Stinke-Park“ wurden von den Erholungssuchenden nicht angenommen, ist mittlerweile verwildert und wird als wilde Müllkippe genutzt.

Insbesondere bei der verbreiteten Südwestwind-Wetterlage haben naturverbundene Spaziergänger, die bisweilen des Weges kommen, erhebliche Skrupel tief durchzuatmen, um nicht die Faulgase aus den benachbarten Güllebecken in ihre Lunge zu inhalieren. –

Was kostete nun den Steuerzahler diese Aktion der SPD?

In der Antwort auf eine Anfrage der Bürger-Allianz (LBA) teilte die Verwaltung mit [Rat 6.11.'13], dass der Bau der Anlage seinerzeit **910.000 DM kostete**, die Hälfte der Kosten das Land NRW zahlte.

Pleite-Gartenschau: 16 Mio. statt 2,5 Mio. verbrannt

Fall 3) Pleite-Gartenschau „Aqua Magica“ kostete 16 Millionen € (ohne dauernde Folgekosten)

Der Ex-Bürgermeister und Ex-Kämmerer Heinz-Dieter Held war es, der höchstselbst

die Ratsmitglieder hinters Licht führte, als er im Vorfeld des so heftig umstrittenen Gartenschaubeschlusses behauptete, dass die „Aqua Magica“, die Stadt Löhne maximal 5 Millionen DM, also rund 2,5 Millionen €, kosten solle. [NW vom 11.12.'97]

Als dann im Rat die Hände gehoben und das Projekt abgesegnet ward, setzte bei Held, seinen Genossen und den anderen Befürwortern spontan eine kollektive Amnesie ein: Niemand wollte sich mehr an die Zahlen des Kämmerers, an die 2,5 Millionen €, erinnern.

Doch als nach dem Abschluss der Gartenschau ein Löhner Bürger den Wahrheitsgehalt der Held'schen Behauptung abklopfen wollte, und sich bei ihm erkundigte, was die Gartenschau denn nun schlussendlich wirklich gekostet habe, drohte Held dem Frager mit einem kräftigen Kostenbescheid:

Da es sich, so Kämmerer Held in einem Schreiben vom 16.9.03, um eine „Auskunft mit erheblichem Vorbereitungsaufwand“ handele, müsse die Stadt vom fragenden Bürger „eine Gebühr zwischen 10 und 500 Euro“ eintreiben, sollte dieser tatsächlich auf der Beantwortung bestehen. –

Seit der Ratssitzung am 12. Dezember 2007 wissen wir dennoch, was die Stadt Löhne die Pleite Gartenschau bis dahin kostete, nämlich 16.753.852 €.

Damit liegen diese 16 Millionen Euro weit über der Grenze von 2,5 Millionen Euro,

die Held vor der Beschlussfassung im Jahre 1997 behauptete.

**Der nächste Fall ... wird vorbereitet:
Bahnhofsankauf ohne jede Kostenkenntnis**

Während der Volksmund noch die Hoffnung hat: „Aus Schaden wird man klug!“, gehen in Löhne die Uhren anders, wird in Löhne das nächste Millionengrab geschauelt:

Ohne dass irgendjemand auch nur annäherungsweise etwas zu den Kosten und Folgekosten sagen kann, fasste die SPD mit ihrem grünen Gefolge den Blanko-Beschluss, das marode Löhner Bahnhofsgebäude aufzukaufen [Rat 20. März '19].

„Nicht ein Euro!“

Das gleiche Gebäude, von dem der ehemalige Bürgermeister Werner Hamel meinte, hier lohnt es sich „nicht mal auch nur einen Euro“ reinzustecken.



Auf Antrag der Linken (vormals PDS/SED) beschloss die rot-grüne Ratskoalition am 27.5.'20 eine erheblich ausdehnte Aufnahme von Asylbewerber u.a. aus (Nord)Afrika und Syrien zu bewirken, die deutlich über das normale Zuweisungsverfahren der Bundesrepublik hinaus gehen soll.

Adler(ExSED) + Poggemöller(SPD) + Glander-Wehmeier (Grüne) einig:

„Zu wenig Asylanten in Löhne!“ Rot-Rot-Grün will dies ändern

Der vom *Altkommunisten Ulrich Adler** (langjähriger Funktionär der Deutschen Kommunistischen Partei + gegenwärtiger Fraktionsvorsitzender der Linken in Stadtrat) formulierte Antrag fand die klare Unterstützung der SPD und der Grünen.

Die Stadtverwaltung soll jetzt prüfen, wie

viele *zusätzliche Asylanten/Asylbewerber* noch in der Stadt Löhne untergebracht werden können. –

Silke Glander Wehmeier (grüne Bürgermeisterkandidatin) und der amtierende *Bürgermeister Bernd Poggemöller (SPD)* stimmten ebenfalls für Adlers Projekt.

– Kriminalistische Risiken** und materielle

Belastungen für die Stadt Löhne blieben unerwähnt. –

Die CDU und die LBA stimmen dagegen und lehnen Adlers Antrag ab.

Viele Kriminelle unter den Neuankömmlingen

**<https://www.epochtimes.de/politik/europa/ungebrochener-fluechtlingsstrom-italienischer-anwalt-warnt-viele-kriminelle-unter-den-neuankoemmlingen-a3250419.html?meistgelesen=1>



*Zur Person: Ulrich Adler:

- Geboren 18. September 1953
- 1946 wird die KPD in der SBZ unter der „ordnenden Hand“ des sowjetischen Geheimdienstes KGB am 21.4. zur „SED“ („Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“) verändert.
- SPD-Chef Kurt Schumacher dazu: „rotlackierte Faschisten!“
- 1969: In Westdeutschland wird die DKP als Nachfolgeorganisation der 1956 verbotenen KPD wieder gegründet.
- **1971 – 1989: Ulrich Adler in Löhne und dem Kreis Herford Funktionär der Stasi-finanzierten und SED-gesteuerten DKP**
- **1971 ff: Ausbildung und marxistische Schulung in der DDR, um im Westen als Polit-Aktivist den BRD-Kapitalismus zu bekämpfen**
- U. Adler DKP-Bundestagskandidat im Wahlkreis Herford (DKP-Parole: „Mieten runter – Löhne rauf!“)
- Adler Kreisvorsitzender der DKP [NW 19.8.'99] [Adler.: „Kommunismus, eine konkrete Vision“, NW 30.8.'02]
- 1988/89: Adler gründet Bunte Liste Löhne (BuLL) mit Egon Schewe (jetzt SPD) [LZ 12.4.'99, NW 18.8.'99]
- 2000: Eintritt in die SED/PDS (Adler: „wegen Rechtsrucks der SPD“, „PDS ist eine demokratische Partei“, NW 2.2.'00, Lz 2.4.'02]

heute:



**Flüchtlinge
schützen,
nicht ertrinken
lassen!**

DIE LINKE.

- Adler und seine Mannen gehören nun **ganz offiziell zu derjenigen Partei, die 1946-89 „SED“ hieß**, sich 1989 in „SED/PDS“ umbaute, anschließend die drei Vor-Buchstaben strich und alsdann „PDS“ hieß, dann eine neue Schrägstrich-Benennung „Die Linke/PDS“ für werbewirksam hielt und schließlich im Westteil der Republik auf die drei letzten Buchstaben verzichtete, um sich schließlich in „die Linke“ umzubenennen.
- **2000: Adler: Landtagskandidat der SED/PDS: [NW 28.2.'00]**
- **2002: Adler: Bundestagskandidat der SED/PDS [NW 2.4.'02]**
- 2007: Stadtratsmitglied Adler fordert Beseitigung von Gymnasium, Realschule, Hauptschule und die Einführung der Einheitsschule nach DDR-Muster: **„Das Gymnasium ist eine Stätte des Versagens, wo Arbeiterkinder ausgegrenzt werden.“** [NW 16.11.07, siehe LZ 16.11.07]
- **2008: Adlers Parteigenossin, Christel Wegner, gleichermaßen von der DKP**

vorher:



**Flüchtlinge
erschießen,
nicht entkommen
lassen!**

DIE SED.

zur Funktionärin der LINKEN mutiert, fordert die Wiedereinführung der „DDR-Stasi“ und bewertet den Bau der „Berliner Mauer“ als gute Sache [NW 15.2.'08]

- 2009: Die Ex-SED (= „Linke“) stellt Adler als Bürgermeisterkandidaten für Löhne auf [LZ 5.3.'09], seitdem deren Fraktionsvorsitzender im Stadtrat.
- 2011: Unter ideologischer Federführung des Alt-Kommunisten beschließt eine **Koalition aus SPD, Grünen, FDP** [Rat 19.10.'11], dass **Linksradikale, Neonazis und religiöse Extremisten** bei der Literaturveranstaltung „Poetische Quellen“ auftreten könnten.
- 2020: Auf der Strategie-Konferenz von Adlers Partei wird erwogen, ob nach der **revolutionären Machtübernahme** der „Linken“ die **Reichen erschossen** oder – in der **Tradition der sowjetischen Gulag-Lager – zur Zwangsarbeit** gezwungen werden sollen. [Welt 4.3.'20]
- 2020: Adler wird wieder für die Linke Bürgermeisterkandidat



Bürgermeister Poggemöller will Verfehlungen verschleiern!

Rathaus-Pfusch kostet den Löhner Steuerzahler mehr als 1,6 Millionen €

Die recht happige Summe von mehr als 1,6 Millionen Euro kostete die Neugestaltung der Rathausfassade. –

Doch ... wie sich einige Zeit nach Abschluss der Renovierungsarbeiten herausstellte, muss der Steuerzahler nun aber noch einmal tief in die Tasche greifen, denn die an der Fassade festverschraubten Blechelemente sind fehlerhaft angebracht worden. Sie können nicht so belassen werden.

Nach Aussage des ehemaligen Baudezernenten, hat die ausführende Firma nicht berücksichtigt, dass sich die schwarzen Metallplatten, insbesondere in den südlichen Gebäudeabschnitten unter dem Eindruck von (sommerlicher) Sonneneinstrahlung ausdehnen - man könnte (wenn 's nicht gerade um das Rathausgebäude ginge) auch formulieren „sie arbeiten“.



Das Metalle die Eigentümlichkeit haben, sich gerne bei Wärme auszudehnen, wird zwar schon im Physikunterricht der 6. Klasse vermittelt, blieb jedoch der sowohl bei der beauftragten Firma, wie auch bei denjenigen unberücksichtigt, die in den oberen Etagen des Rathauses die Aufgabe hatten, den technischen Ablauf zu überwachen bzw. zu kontrollieren. –

So erkühnte sich die Löhner-Bürger-Allianz, im Rahmen einer Anfrage [Rat 6.11.19, TOP 13.2], klären zu wollen, welcher konkrete verantwortliche Mitarbeiter für die Kontrolle der Baumaßnahme zuständig war.

Zwar wurde seitens der Verwaltung der Sachverhalt eingeräumt, die Schadenssumme beziffert, doch die Frage nach dem verantwortlichen Rathausbeamten blieb unbeantwortet:

**Transparenz nach Gutsherrenart:
„Namen sind hier nicht von Bedeutung.“**

so beschied Bürgermeister Poggemöller, der letztlich selbst die Endverantwortung trägt, kühl auf Nachfrage der LBA.

(„Nicht von Bedeutung“, das mag für ihn persönlich möglicherweise zutreffen, jedoch keineswegs für die LBA, die hier eine Klärung erzwingen will.)

Frei nach dem Motto: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!“ wollte er partout nicht offenbaren, welcher Person die mangelhafte Kontrolle und somit der Millionenschaden zu Lasten des städtischen Haushaltes anzulasten wäre.

Weiterhin blieb ungeklärt, ob der Bürgermeister selbst oder die – vom Bürgermeister gedeckte Person – im Rahmen der Amtshaftpflicht für ihr Versäumnis herangezogen werden kann. – Denn die Vertragserfüllungsbürgschaft reicht vorne und hinten nicht aus:

Die ausführende Baufirma hat zwischenzeitlich Pleite gemacht und steht somit für



Regressansprüche nicht mehr zur Verfügung.

Die Bürger-Allianz ist zudem der Überzeugung, dass die von der Verwaltung zugrunde gelegt Bürgschaftssumme von 5 Prozent [Ratsvorlage vom 6.1.19, TOP 13.2.] absolut unzureichend ist, d.h. vorne und hinten nicht reicht. (In der NW vom 16.10.19 wird die Bürgschaft sogar nur mit 3 Prozent beziffert.)

-Anzeige-

Sport-Akademie Lee

Trainer Arno P. Dirks

An der Kölner Bahn 13
32584 Löhne

Fon: 0176 - 79241194
Mobil: 0176 81216026

www.sportakademie-lee-loehne.de



Kampfsport-Schule für

**HICK THAI BOXING
KUNG FU
KRAV MAGA**



1 WOCHЕ GRATIS TRAINING



Erfolge der SPD für Löhner Bürger:

Steuerbelastungen – ganz oben! Lohneinkünfte - ganz unten!

„Entsetzen über den Horrorhaushalt“ So titelt die NW [29.5.20], nach dem Kämmerin Andrea Linnemann dem Stadtrat die aktuelle Lage der städtischen Finanzen darstellte. Die aktuelle Schuldenlage und die coronabedingten Steuerausfälle machen die bisherigen Finanzplanungen zur Makulatur.

Es räche sich, so LBA-Fraktionsvorsitzender Dr. Hermann Ottensmeier, dass man jahrelang mehr Geld ausgegeben habe, als in die Stadtkasse wieder hineinkam.

So wurde sträflich versäumt, in den guten Zeiten der sprudelnden Einnahmen die Verschuldung abzubauen, die Löhne jetzt in die Knie zwingt.

Völlig losgelöst von den realen Zahlen spricht der amtierende SPD-Bürgermeister Poggemöller („Mit guter Bilanz in die Zukunft“) in seiner Wahlwerbung ohne einen Blick auf das tatsächliche Finanzdesaster von „soliden Finanzen“ und kann sich sogar darüber freuen, dass der „Haushaltsausgleich bisher geschafft“ wurde.

Ganz anders seine Kämmerin Andrea Lindemann:

Sie rechnet aktuell - mindestens - mit einem Jahresfehlbetrag von 12,3 Millionen €

[NW 29.5.20]

Das heißt im Klartext: Punktuell gelang es, mit Hilfe von Bundes- und Landesgeldern unter dem Sparzwang der jüngsten Nothaushalte und der strengen Aufsicht der Bezirksregierung kurzfristig nur so viel Geld auszugeben, wie auch zur Verfügung stand. Doch dieser Erfolg war ganz und gar keine eigene Sparleistung der rot-grünen Rathauskoalition und ist nunmehr „Schnee von gestern“.

Bei seinen Betrachtungen klammert Poggemöller auch die realen Steuerbelastungen und die Einkommensstärke der Löhner Bürger völlig aus: Während Löh-

ne mit den „dritt-teuersten“ Steuerhebesätzen an der Spitze bei der Belastung seiner Bürger liegt, trägt Löhne bei den Einkünften seiner Bürger als „Armenhaus“ innerhalb des Kreises „die rote Laterne“.

D.h. hier fehlen gut bezahlte attraktive Arbeitsplätze, viele Löhner Arbeitsplätze - siehe Hermes - sind im Niedriglohnbereich. [vgl. NW 11.+17.7.'20]

Fazit: Die rot-grüne Löhner Rathauskoalition unter SPD-Bürgermeister Poggemöller hat in den vergangenen Jahren aus besonders hohen Steuersätzen besonders wenig gemacht.



„Endlich Nägel mit Köppen“

LKW-Durchgangsverkehr auf der Gohfelder Weihestraße beenden

LBA will Gohfelder Bürger schützen!

Die Löhner-Bürger-Allianz will die Lärm- und Feinstaubbelastung durch den regen LKW-Durchgangs-Verkehr im Zentrum Gohfelds nicht länger hinnehmen: In der nächsten Ratssitzung wird darüber beraten, ob die Weihestraße für den LKW-Durchgangsverkehr {7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht (zGG)} gesperrt wird.

Ratsmitglied Günter Schlüter (LBA) begründet dies:

Seit Ansiedlung des Hermes-Gebäudes in Gohfeld hat der Lkw-Verkehr auf der Weihestraße ein nicht mehr hinnehmbares Maß an Lärmbelästigung, nicht nur für die Anwohner der Weihestraße, sondern auch für die Anwohner in der näheren Umgebung angenommen.

„Die LBA hat seit Jahren auf diesen Missstand hingewiesen und entsprechende Maßnahmen zur Abhilfe gefordert“, so Kirsten Sundermeier.

Hausbesitzer klagen sogar über Gebäudeschäden, hervorgerufen durch die Erschütterungen, welche beim Befahren der Schlaglöcher durch die Lkw entstehen. Immer wieder wurde seitens der Verwaltung auf die baldige Freigabe der B 61 mit der damit erwarteten Entlastung der Bürger verwiesen.

Eine zwischenzeitlich erfolgte teilweise Befüllung einiger Schlaglöcher brachte keine Verbesserung der Situation. Vor allem schnell fahrende Lkw mit leeren Anhängern sorgten weiterhin für ohrenbetäubenden

Lärm, vor allem des Nachts.

Nachdem nun die B 61 freigegeben wurde, ist leider keine Änderung im Fahrverhalten festzustellen. Lastzüge befahren weiterhin die Weihestraße auf ihrer gesamten Länge, obwohl sie die Möglichkeit haben, diese über die B 61 zu umgehen. Eine Sperrung der Weihestraße für Lkw über 7,5 t zGG im Durchgangsverkehr ist unserer Ansicht nach die einzige Möglichkeit, um hier wirksam Abhilfe zu schaffen.



Kirsten Sundermeier

Grüne / SPD / CDU sind sich einig:

„Beton für Löhne – ökologischer Ausgleich woanders!“

„Löhne gehört seit langem zu den waldärmsten Städten innerhalb des Bundeslandes NRW. – Doch seit Jahren haben zahlreiche, z.T. höchst umstrittene großflächige Baumaßnahmen und Oberflächenversiegelungen (Hermes, Nordumgehung u.v.m.) die ökologische Situation innerhalb des Stadtgebietes noch weiter verschlechtert.“ so Günter Schlüter, stellvertretender LBA-Fraktionsvorsitzender.

„Nun ist es am 27.9.2018 zu einem fragwürdigen Mehrheitsbeschluss gekommen. Demnach soll es nach dem Willen von Grünen, CDU und SPD bei zukünftige >Betonierungsmaßnahmen< und Versiegelungen, beispielsweise durch den Bau von großflächigen Industrieanlagen oder Straßen möglich sein, die gesetzlich vorgesehenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen komplett oder teilweise in andere Regionen zu verlagern, d.h. außerhalb der Löhner Stadtgrenzen unterzubringen.“

Obgleich die Verwaltung vor den Beratungen mitgeteilt hätte, dass in Löhne durchaus genügend Flächen wären, um bei zukünftigen Baumaßnahmen den geforderten ökologischen Ausgleich vorzunehmen, stellte die CDU dennoch den Antrag, dies solle nicht unbedingt innerhalb der Stadtgrenzen gemacht werden. Dadurch ginge den Bauern zu viel Ackerfläche verloren.

Schlüter erinnert daran, dass es tatsächlich einen riesigen Verlust wertvoller Ackerfläche gab: Denn auf Betreiben der Ratsmehrheit von SPD + CDU wurde solange mit Gutachten und Gegengutachten herumexperimentiert, bis schlussendlich durchgeboxt werden konnte, dass die **außerordentlich große und attraktive Ackerfläche, das Landschaftsschutzgebiet „Leinkamp“ zwischen Löhne-Bhf. und Gohfeld, betoniert werden konnte;** und zwar mit dem größten



Gebäudekomplex Ostwestfalens, dem umstrittene Hermes-Logistik-Zentrum.

„Die Beschlusslage vom September 2018 ist ökologischer Unsinn und der umweltbewussten Bevölkerung nicht zu vermitteln. Sie widerspricht den Klimazielen der Stadt und allen Maßnahmen zur Stärkung der beeinträchtigten Natur in Löhne.

Dementgegen will die Bürger-Allianz (LBA) die anderen Parteien mit einem Ratsantrag davon überzeugen, dass die ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, d.h. alle Aufforstungen und Aufwertungen, die für schädigende Eingriffe in den Löhner Naturhaushalt vorgenommen werden müssen, zukünftig doch wieder innerhalb des Löhner Stadtgebietes vorzunehmen sind.“

Wenn es tatsächlich zur Ausführung des Auslagerungs-Beschlusses von Grünen/SPD/CDU käme, so Schlüter, würden die Löhner Bürger und die örtliche Ökologie (Klima, Fauna und Flora) ausschließlich die negativen Folgen des Raubbaues an der Natur abbekommen, während im Gegenzug dazu mehr oder weniger weit entfernte Regionen in- oder außerhalb Ostwestfalens

ökologisch optimiert würden.

Schlüter: „**Vor dem Hintergrund der jüngsten naturfeindlichen Entwicklungen war es erkennbar ein großer Fehler, dass Rot-Grün zu Beginn ihrer Zusammenarbeit das zuvor von LBA und CDU beschlossenen regelmäßige Aufforstungsprogramm ersatzlos strichen.**“

Dies hätten auch andere erkannt: Ein entsprechender Wunsch von Schülern der Bertolt-Brecht-Gesamtschule anlässlich des Schüler-Planspiel-Tages „PIMP your town“ zur Verwirklichung eines Parkes in Löhne hält die Bürger-Allianz für zielführend und einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung und wird ihn unterstützen.

Auch die grüne Funktionärin Fabiola Scheer meldete sich öffentlich zu Wort und protestierte gegen die klimatefeindliche Politik der Löhner Grünen [NW 9.10.18] Sie stellte die Frage, ob das grüne Abstimmungsverhalten einen „Zwang“ zum Hintergrunde hatte. –

Konsequenterweise beendete sie auch ihre Mitarbeit in der grünen Ratsfraktion.



„Weder von der CDU noch von der SPD kamen seinerzeit auch nur die zartesten Hinweise auf den beklagenswerten Verlust von guter Ackerfläche.“ stellt Günter Schlüter fest.

Fake-News aus dem Löhner Rathaus / Asylanten-Übergriffe im Jugendhilfe- Ausschuss

Deutliche Kritik an der unehrlichen Informationspolitik des Jugendamtes wurde bei der Beratung des Jugendhilfe-Haushaltes [7.2.'18] zum Ausdruck gebracht. – Noch in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses (6.12.'17) hatte Jugendamtsleiter Jürgen Förster (SPD) behauptet, die „unbegleiteten minderjährigen Asylanten“, verwaltungsseitig „UMAs“ genannt, seien in krimineller Hinsicht völlig unauffällig und problemlos, was die Ausschussmitglieder dann auch erfreute.



Asylantenheim an der Oeynhausener Straße

Einige Tage später musste Förster zurückrudern und gestehen, dass er nicht im Bilde war. –

Seine Behauptung war irreführend. **Es kam ans Licht, dass durchaus jugendliche Asylanten aus seinem Verantwortungsbereich („zwei Zuwanderer iranischer Herkunft“) auf dem Löhner Oktoberfest 2017 durch sexuelle Übergriffe auf vier junge Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahre auffällig und polizeilich aktenkundig geworden waren.** [Presseportal Kreispolizei Herford 3.+ 4.10.2017] (Erfreulicherweise hatte die auf dem Oktoberfest anwesende Polizeistreife schließlich noch einschreiten können.)

Ein anderer gravierender Fall ereignete sich zwischen dem Löhner Gymnasium und dem Marktkauf, als ein **pakistanischer Asylant eine Löhner Schülerin** vergewaltigen wollte. Der Täter soll sein Opfer in der Unterführung **zwischen Gymnasium und Marktkauf mit einem Messer bedroht haben, um „sexuelle Handlungen an dem Mädchen“** vorzunehmen. Die Schülerin wehrte sich trotz der massiven Einschüchterungsversuche und schaffte es, dem Pakistani ins Gesicht zu treten und vor ihm zu flüchten. (Er stand später vor dem Schwurgericht. [NW 3.2.'18])

Ein weiterer Fall ereignete sich im Bus am **Schulzentrum Melbergen. Eine 15-jährige Schülerin** wurde sogar innerhalb des Busses in Gegenwart anderer Fahrgäste sexuell belästigt [NW 15.11.'17] –

Sexuelle Übergriffe auch im „Aqua Fun“ in Kirchlegern, wo ein 15-jähriges Mädchen durch einen 23-jähriger Asylanten irakischer Herkunft sexuell bedrängt wurde.

Sie war schockiert, konnte aber noch laut um Hilfe rufen. Der Schwimmmeister verständigte die Polizei und hielt den anwesenden dringend Tatverdächtigen sowie zwei weitere Asylanten fest. Bereits in der Vergangenheit war der Asylant wegen verschiedener krimineller Delikte polizeilich in Erscheinung getreten, war aber nach wie vor auf freiem Fuß. [NW 6.11.'17]

{siehe auch entsprechende Sexualdelikte in Herford, Bündler Str. 29.11.'17 [Kreispol. HF 29.11.2017], in Horn am 15.1.'18 auf 33-jährige Frau [NW 9.2.'18] u.v.m.) –

Silke Blutte von der Stadtverwaltung, hatte im Immigrationsbeirat vom 16.11.'17 noch



eingerräumt, es komme schon gelegentlich in Löhner Asylheimen zu Gewalttaten von Männern, die sich „an die Gurgel gehen“. Doch die sexuellen Übergriffe von Asylanten wurden von ihr nicht erwähnt. –

Günter Schlüter (LBA) verwies darauf, dass selbst das Bundesfamilienministerium davon ausgehe, höchstens die Hälfte der angeblich „minderjährigen Asylanten“ (UMAs) sei tatsächlich minderjährig und demnach nicht voll strafmündig. Auf Nachfrage räumte die Verwaltung ein, man habe in Löhne **lediglich bei zwei Fällen eine Untersuchung des realen Alters** vorgenommen.

Schlüter setzte sich namens der Löhner-Bürger-Allianz für eine grundsätzliche Alterskontrolle der sog. UMAs ein.

Silke Glander-Wehrmeier (Grüne) war die **offene Diskussion dieser Thematik sichtlich peinlich und sie versuchte die Tatbestände zu verharmlosen bzw. herunterzuspielen.**

Erkennbar war ferner, dass die Mehrzahl der rot-grünen Ausschussmitglieder angesichts dieser Fakten betreten schwieg, da sie nicht zur parteieigenen Asylpolitik passen ... frei nach dem Motto:



**„Weil, so schließt
man messerscharf,
nicht sein kann,
was nicht sein darf.“**

Grüne Doppelmoral:

„Bäume fällen ist schlimm ... wenn 's die anderen tun!“

„Die Tabula-Rasa-Affäre“

Nur noch die dicken Kullertränen des sprichwörtlichen Krokodils fehlten, als die grüne Fraktionsvorsitzende *Silke Glander-Wehmeier* im Hauptausschuss vom 6.2.'19 wortreich einen „schlimmen Fall von Umweltfrevel“ anzusprechen wusste. Angeblich hätten die Wirtschaftsbetriebe der Stadt in der Obernbecker Kantstraße Bäume gefällt, ohne dass es in allen Fällen eine erkennbare Notwendigkeit gegeben habe, so sei ihr zu Ohren gekommen.

Schon 2016 hatte die gleiche Dame mächtig auf den Putz gehauen, und zwar wegen einer Baumfällaktion auf dem Kreuzfriedhof Mennighüffen.

Dort hatte die Stadt schließlich die Kirchengemeinde verpflichtet, zur Sühne und Kompensation Baum-Neuanpflanzungen vorzunehmen. [PlanA 27.9.'18]

In vorderer Reihe hatte die grüne Fraktionsvorsitzende *Silke Glander-Wehmeier* lauthals nach der Bestrafung der Kirchengemeinde gerufen.

Glander-Wehmeier, die sich über die Kirche mokierte, gab der Zeitung betroffenenheitsgetränkt zu Protokoll:

„Ich bin schockiert über dieses Vorgehen.“
[NW 27.2.'16]

Die besondere Pikanterie in diesem Zusammenhang: Wenige Wochen zuvor, Ende 2015, hatten die Grünen ganz persönlich einen wunderschönen alten Baumbestand vernichtet.



**Grüne Theorie und Praxis =
Baumschutz und Kettensäge**

Bei einer nachfolgenden Planungsausschusssitzung wurde die Heuchelei und Doppelzüngigkeit des „grünen“ Baumschutzes von der CDU vorgeführt:

Es kam heraus, dass die Grünen privat ge-



nau das Gegenteil von dem tun, was sie offiziell fordern:

**Brennholz zur Einweihung
der Grünen-Geschäftsstelle**

Denn nach dem Umzug der Geschäftsstelle der grünen Ratsfraktion in das Gebäude Schierholzstr. 96 hatte Frau Glander-Wehmeiers Eheherr, das grüne Ratsmitglied Dieter Glander, selbst mit Axt oder Kettensäge Hand angelegt.

Quasi als Gipfel der grünen Umzugs- und Umweltbegeisterung hatte man zur Einweihung 13 hochstämmige Bäume umgehauen und diese in Brennholz verwandelt.

Und – stolz wie Oskar – gab der „grüne Glander“ nach erfolgter Tat dann – auch gegenüber Bürgermeister Bernd Poggemöller vom Koalitionspartner SPD – großspurig zum Besten, dass die Grünen im Garten ihrer Geschäftsstelle erst einmal komplett „Tabula Rasa“ gemacht hätten. –

Nachdem die Theorie/Praxis-Widersprüche des grünen Baumschutzes aktenkundig wurden, fragten sich viele, ob die Grünen beim Beschluss der neuen Baumschutzsatzung mit dabei sein können.

Diese formulierten dann einen kecken Antrag, der besonders forsch noch strikteres Baumfällverbot in Löhne wollte. –

Bei der Diskussion über diese Satzung bemängelten dann LBA und das CDU-Ratsmitglied Matthias Held, dass die Grünen privat genau das Gegenteil von dem tun, was sie offiziell fordern [PlanA 14.4.'16].

Fazit: Während die Kirchengemeinde schließlich aus „Sühne-Gründen“ große Aufforstungen vornehmen musste, wollte die „rot regierte Stadtverwaltung“ nicht den dringend gebrauchten Koalitionspartner, die grüne Fraktion, vergrätzen:

Die Grünen werden dringend als Partner für eine Ratsmehrheit von den Genossen gebraucht und sollen offenbar „geschont“ und vor Strafen geschützt werden:

Was lernen wir daraus ...

Nach wie vor ist weder die SPD noch die rote Stadtverwaltung (SPD: „Rathaus = unser Haus“ [NW 31.8.'09]) bereit, auf diesen Fall des Baumfrevels ihres grünen Koalitionspartners mit Sanktionen – so wie bei der Kirchengemeinde Mennighüffen – zu reagieren.

Die grüne Baumfäll-Aktion blieb ohne Folgen: Als die LBA sich beim Planungsausschussvorsitzenden *Heinz Dahlmeier* (SPD) nach den Ausgleichsmaßnahmen erkundigte, die die Grünen wegen ihrer „Tabula-Rasa-Aktion“ in der Schierholzstraße zu erfüllen hätten [PlanA 27.9.'18], herrschte bei den Verantwortlichen betretenes Schweigen.

